

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Bern, 10. August 2020 / AN/MB
VL EntsG

Per Mail an: info.paam@seco.admin.ch

Änderung des Entsendegesetzes Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen lehnt die Vorlage ab. Wir unterstützen, dass missbräuchliche Lohnunterschreitungen verhindert werden müssen. Auch wenn die Motion 18.3473 somit ein richtiges Ziel anstrebt, wird der falsche Weg gewählt, um dieses zu erreichen. Das momentane Instrumentarium genügt, um den Lohnschutz zu gewährleisten. Die vorgeschlagene Änderung würde zu Doppelspurigkeiten und Unsicherheiten führen.

Sozialpartnerschaft respektieren

Die vorgeschlagene Änderung sendet ein schlechtes Signal in Richtung Sozialpartner. Kantonale Mindestlöhne könnten dazu führen, dass die durch die Sozialpartner ausgehandelten Mindestlöhne in den allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen übersteuert werden. Zusätzlich würde Art. 7 Abs. 1^{bis} und Art. 7b Entsendegesetz (EntsG) bedeuten, dass Unternehmen doppelt kontrolliert werden, da für den Vollzug des kantonalen Mindestlohngesetzes die Kantone verantwortlich wären. Dies ist ineffizient und teurer.

Das Verhältnis zwischen den Regelungen, welche die Sozialpartner aushandeln, und kantonalem Recht muss aber grundlegend geklärt werden (siehe auch Vorstoss 18.3934), ansonsten bleiben Unsicherheiten bestehen welche riskieren, die Sozialpartnerschaft langfristig zu schwächen.

Sozialpolitische vs. wirtschaftspolitische Massnahmen

Kantonale Mindestlöhne sind als sozialpolitische Massnahmen zu verstehen und dienen dem Zweck, Armut zu lindern. Die Aufnahme der kantonalen Mindestlöhne ins EntsG würde damit im Widerspruch zur Wirtschaftsfreiheit stehen, denn das EntsG dient dazu, dass die in der Schweiz geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden und gilt demzufolge als wirtschaftspolitische Massnahme. Falls wiederholt branchenübliche Löhne missbräuchlich unterboten werden, kann der Bund einen befristeten Mindestlohn bereits heute einführen. Auch deshalb ist die Aufnahme von kantonalen Mindestlöhnen ins EntsG abzulehnen.

Dem Mindestlohngesetz des Kantons Tessin unterliegen im Übrigen nur gewöhnlich im Tessin tätige Arbeitnehmende. Entsandte fallen grundsätzlich nicht unter diese Regelung. Diese Vorlage würde somit nicht eine Umsetzung, sondern eine Erweiterung des Tessiner Rechts bedeuten.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gossi in black ink.

Petra Gossi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz